

<https://www.news4teachers.de/2020/01/schroeder-gegen-berufsverbote-fuer-afd-mitglieder/>

05.01.2020

OSNABRÜCK. Darf der Thüringer AfD-Sprecher Björn Höcke wie vor seiner politischen Karriere jemals wieder als Sport- und Geschichtslehrer arbeiten? Mit starkem Aufsehen hat der Wilhelmshavener Grünen-Politiker Ulf Berner eine Petition angestoßen, die darauf abzielt, den derzeit beurlaubten Höcke aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen. Altkanzler Schröder hat sich nun dazu geäußert.

Zunehmend zeigt die Diskussion um AfD-Politiker Züge, die aus dem Streit um die Berufsverbote der 70er und 80er Jahre im Zuge des Radikalenerlasses bekannt sind. In diesem Sinne hat sich auch Altkanzler Gerhard Schröder in der Neuen Osnabrücker Zeitung geäußert.

Schröder hat sich dagegen gewandt, AfD-Mitgliedern den Eintritt in den öffentlichen Dienst gleich welcher Art zu verweigern. „Ich habe eine klare Haltung zur AfD: Diese Partei muss entschieden bekämpft werden, aber argumentativ und nicht administrativ“, sagte der SPD-Politiker der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. „Ich war aus guten Gründen immer gegen Berufsverbote“, erklärte er. Um nichts anderes handele es sich, falls AfD-Vertretern der Dienst in Schule, Verwaltung oder Polizei verwehrt bleibe.

„Ich habe als Rechtsanwalt in den 1970er-Jahren DKP-Mitglieder vertreten, die ein Berufsverbot bekommen sollten“, sagte Schröder. Später als Ministerpräsident habe er Berufsverbote dann umgehend abgeschafft. „Wenn jemand seine Parteipolitik den Schülern verkaufen möchte, Kinder etwa im Geschichtsunterricht beeinflusst, dann geht das nicht. Aber man kann nicht vorher wissen, ob er das tut“, erläuterte Schröder seine Position. Verhalte sich jemand in seinem Dienst dann verkehrt, „gibt es das Disziplinarrecht, das ist genau dafür gedacht“. (ots)